



Röter Leuchtturm



**Frieden mit
Russland!**

**10.
Ausgabe**

Friede mit Russland! Kein Friede mit dem deutschen Imperialismus!

Anfang Februar dieses Jahres übernahm Deutschland die Führung eines in Litauen stationierten multinationalen NATO-Bataillons. Hierdurch wurde der deutschen Regierung im Rahmen der forcierten Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Russland erneut auch auf symbolpolitischem Gebiet ein Triumph zuteil, der sich sehen lässt: Deutschland demonstriert nun erstmals auch auf einstigem sowjetischen Staatsterritorium – dem der früheren, 1940 ins Leben gerufenen Sowjetrepublik Litauen – seine Rolle als militärisch-politisch entscheidender Akteur, wo es um die Einschüchterung eines Russland geht, das seit einigen Jahren imperialistischer Gewaltpo-

litik wieder entschiedener entgegnetritt. Ausgerechnet Willy Wimmer (CDU), der frühere Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, wies im Zusammenhang mit dem NATO-Beschluss kritisch auf den auch geschichtspolitisch provokativen Charakter der aktuellen, deutschen Russland-Politik hin: „Der Schrecken der Vergangenheit ist nur in dem Maße relevant, wie er vor den eigenen Karren gespannt werden kann. (...) Warum soll da auf die berechtigten Empfindungen anderer geachtet werden? Erst recht, wenn es sich dabei um Menschen unseres größten Nachbarvolkes, den Russen, handelt.“



Nachdem es der deutsche Imperialismus war, der in den 1990er Jahren systematisch das Prinzip der Respektierung bestehender Grenzen in Europa mit Füßen trat, v. a. durch die Zerschlagung Jugoslawiens, bezichtigt Deutschland Russland seit 2014 der Verletzung der „territorialen Integrität“ der Ukraine. Ausgerechnet am 70. Jahrestag der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus geißelte Kanzlerin Merkel die „Annexion“ der Krim als „verbrecherisch“ – gemeint ist deren Beitritt zur Russischen Föderation, wodurch den Nazi-Terroristen des „Rechten Sektors“ der Weg nach Sewastopol verlegt wurde. Auch auf diese Weise stellt sich Berlin an die Seite der faschistischen Junta in Kiew und ermuntert sie zu fortlaufenden militärischen Provokationen gegen die Volksrepubliken des Donbass.

Russland tritt heute nicht nur in der Ukraine den Bestrebungen der imperialistischen Staaten, nicht zuletzt Deutschlands, entgegen, die Souveränität „unbotmäßiger“ Staaten auszulöschen. In wohlverstandem Eigeninteresse verteidigt Moskau das „Konzept der 'freien und gleichen Nationen'“ (Emmanuel Todd) gegen den Völ-

kerrechtsnihilismus, der die Handlungen gerade des EU-Hegemons Deutschland flächendeckend auszeichnet.

Auf der anderen Seite handelt der deutsche Imperialismus strategisch sowohl in Kooperation mit als auch in Konkurrenz zum US-Imperialismus. Hatte das imperialistische Deutschland in der jüngeren Vergangenheit bisweilen in der Rolle einer „mäßigenden“ Kraft gegenüber dem US-Imperialismus gepunktet (Beispiel: Irak 2002/03), so zeigt es nun wieder einmal sehr deutlich sein friedensunfähiges Antlitz, wenn es als russlandpolitischer Hardliner hervortritt.

Die Verfolgung der Interessen der deutschen Monopolisten treibt unübersehbar auf eine die Existenz der Völker Europas bedrohende militärische Auseinandersetzung zu. Für die Friedensbewegung muss daher gelten: Nicht Russland ist unser Feind, wenn es vor diesen Interessen – die nicht unsere sind! – nicht zurückweicht, sondern die deutsche Monopolbourgeoisie und ihre politischen Handlanger.

Daniel Leon Schikora, Rostock

Verschärfte Kampfbedingungen für AntifaschistInnen im Nordosten

Auswirkungen des gescheiterten NPD Verbots am Beispiel der lokalen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern

In kaum einem anderen Bundesland hat die NPD so viel Einfluss wie in Mecklenburg-Vorpommern. Bis September 2016 stellte die neofaschistische Partei fünf Landtagsmitglieder. Bei den letzten Wahlen verfehlte sie mit 3 Prozent zwar den Wiedereinzug, übrig bleiben aber 26 Mandate in Kreistagen, Städte- und Gemeindevertretungen. Ganze Landstriche und Dörfer, wie das bundesweit bekannt gewordene Jamel, stehen unter dem Einfluss der Faschisten.

Dieser Einfluss hätte am 17. Januar vom Bundesverfassungsgericht zurück gedrängt werden können, doch die Chance dazu wurde erneut vertan. Die Karlsruher Richter stellten zwar fest, dass die NPD verfassungsfeindlich und eine Wesensverwandtschaft der Partei mit der NSDAP gegeben ist, für ein Verbot sei sie aber zu unbedeutend. Doch besonders im ländlichen Raum trifft das nicht zu. Die

NPD dient weiterhin als richtungsweisende und organisatorische Stütze für die örtlichen Nazistrukturen. Sie ist bis weit hinein in die militanten Kameradschaftsstrukturen vernetzt und bietet mit dem „Thinghaus“ in Grevesmühlen einen Treffpunkt für Faschisten aus gesamt Deutschland.



Besonders in Güstrow sind Mitglieder der NPD und der JN sehr aktiv, wenn es um gewaltsame Aktionen gegen Flüchtlinge und AntifaschistInnen geht. Angriffe auf Integrationsfeste, Geflüchtete, Flüchtlingsunterkünfte und AntifaschistInnen sind in der Stadt keine Seltenheit. Der ehemalige NPD-Stadtvertreter Nils M. gilt als einer

der zentralen Akteure im Güstrower Raum. Im Verbandsantrag gegen die NPD findet sein Name mehrfach Erwähnung. Sein Ausstieg aus der NPD im Frühjahr 2016 ist wohl nur taktischen Gründen geschuldet- die NPD wollte sich kurz vor den Landtagswahlen eines Kleinkriminellen entledigen. Sein Aktivismus für die Partei ist seitdem jedoch ungebrochen.

Vorbefragte Hardliner wie Udo Paastörs, Stefan Köster oder Andreas Theißen dürften sich durch das Urteil des BVerfG bestätigt fühlen. Stellt das Urteil doch eindeutig klar: in der BRD ist Platz für ihre faschistische Partei, die sich neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch durch staatliche Gelder finanziert. In Mecklenburg-Vorpommern sind das über 20.000 Euro für das Jahr 2017.

Durch das schwebende Verbandsverfahren verhielt sich die NPD in den letzten Monaten eher zurückhaltend. Ein aggressiver Straßenwahlkampf blieb größtenteils aus. Mit dieser Zurückhaltung dürfte nun Schluss sein.

Robert Kühne, Schwerin

TERMINE

Bildungswochenende Löhne rauf! Rüstung runter!

Barhöft bei Stralsund, Lotsenweg 3, 10. bis 12.03.2017

Bildungsabend Schwerin

Schwerin, Lückestraße 180 (Buntes Q), 15.03.2017, 19.00 Uhr

Ortsmitgliederversammlung Rostock

Rostock, 23.03.2016, 19.30 Uhr

Aktiventreffen "Betrieb und Gewerkschaft"

Schwerin, Lübeckerstraße 180 (Buntes Q), 25.03.2017, 13 bis 17 Uhr

Ortsmitgliederversammlung Schwerin

Schwerin, Lückestraße 180 (Buntes Q), 05.04.2017, 19.00 Uhr

Roter Stammtisch Rostock

Rostock, Doberaner Straße 21 (Cafe Marat), 13.04.2017, 19.30 Uhr

Ostermarsch

Rostock, 15.04.2017

Thälmannehrung (Geburtstag)

Rostock, Thälmann Straße, 16.04.2017, 18 Uhr

Thälmannehrung (Geburtstag)

Stralsund, am Sund, 16.04.2017

Bildungsabend Schwerin

Schwerin, Lückestraße 180 (Buntes Q), 19.04.2017, 19.00 Uhr

Ortsmitgliederversammlung Rostock

Rostock, 27.04.2016, 19.30 Uhr



Mit Bart zu mehr Geld?

Am 08. März ist „Internationaler Frauentag“. Doch noch ein anderer Tag erlangt im Kampf um Lohngerechtigkeit zunehmend Bedeutung: der „Equal Pay Day“ („Tag der gleichen Bezahlung“). Steht das erstgenannte Datum für den generellen Kampf der Frauen gegen Unterdrückung, so weist der Equal Pay Day auf die Lohnungleichheit hin. Er findet in Deutschland immer an dem Tag statt, der dem statistischen Minderverdienst von Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen entspricht. Das ist in diesem Jahr der 18. März. Er markiert symbolisch die Lohnlücke von durchschnittlich 21 % zwischen Männern und Frauen, die einem Zeitraum von 77 Kalendertagen im Jahr entspricht. Insbesondere sind Frauen im Osten betroffen, denn hier werden auch niedrigere Löhne bezahlt. Aber woran liegt's? Angeführt wird oft, dass Frauen in weniger gut bezahlten Jobs arbeiteten. Doch der geringer vergütete Dienstleistungssektor ist nach der Abwicklung der Industrie in M-V im Vergleich zum produzierenden

Gewerbe einfach erheblich größer. Und gerade einmal 11,7 % aller Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Hier liegt die generelle Misere. Frauen wie Männer nehmen kaum ihre Rechte wahr. Sie müssten gemeinsam im Betrieb sowie mit und in der Gewerkschaft für bessere Arbeits- und somit auch Lebensbedingungen eintreten. Ein oftmals zäher und langwieriger Prozess, der sich aber lohnt. Geschenkt wurde uns nie etwas. Es gilt, bisher Erreichtes wie Mutterschutz, Urlaub u. ä. zu verteidigen und nicht zuletzt gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit zu erkämpfen.

O.W., Rostock

Lesetipp: Clara Zetkin „Für die Befreiung der Frau“, im Internet zu finden.



UNSERE ZEIT

Die sozialistische Wochenzeitung "Unsere Zeit" (UZ) vier Wochen kostenlos oder drei Monate für 10€ testen. Einfach Ihre Adresse und das gewünschte Angebot an:

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 02 01/17788923 | Fax: 28
E-Mail: info@unsere-zeit.de
www.uzshop.de/uz-abo

www.unsere-zeit.de



Kontakt

DKP Mecklenburg-Vorpommern
Sarnowstraße 31, 18435 Stralsund;
info@dcp-mv.de

Internet

www.dcp-mv.de
www.dcp.de
www.unsere-zeit.de
news.dcp.de

Facebook

www.facebook.com/dcp.mv

Newsletter

www.dcp-mv.de/newsletter

Spenden

GLS Bank Bochum,
IBAN: DE36 4306 0967 4002 4875 02,
BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: DKP MV

Redaktion & Archiv & Abo

roterleuchtturm@dcp-mv.de
dcp-mv.de/roterleuchtturm

Druck

Auflage: 2.500
Satz: H.F.M.

V.i.S.d.P.

W. Richter, c/o DKP Parteivorstand,
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Liebe Leserinnen und Leser,

damit wir bei den Bundestagswahlen 2017 in Mecklenburg-Vorpommern eine Landesliste aufstellen dürfen, benötigen wir 1.500 Unterstützungsunterschriften. Mit ihrer Unterschrift können Sie die Kandidatur der Deutschen Kommunistischen Parte ermöglichen, unabhängig von Ihrer endgültigen Wahlentscheidung.

Gerne schicken wir ihnen Unterschriftenlisten zu. Bestellen sie beim Landesvorstand die gewünschte Anzahl und senden die ausgefüllten Formulare bis zum 20. Juni zurück. Wenn Sie diese Zeitung abonniert haben, liegen Unterschriftenlisten bei. Die Druckvorlage finden Sie ebenfalls auf unseren Internetauftritt.

Der Landesvorstand

1. Frieden

2. Arbeit

3. Solidarität!

Bundestagswahl 2017

*3 gute Gründe für
die Kommunisten*

Jetzt unterschreiben für die
Bundestagswahl-
Kandidatur der

DKP

